

Alex Demirović (Hrsg.)

Wirtschaftsdemokratie neu denken

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Einleitung

Der vorliegende Band „Wirtschaftsdemokratie neu denken“ geht auf eine Tagung zurück, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Februar 2017 veranstaltet wurde. Sie war die dritte in einer Folge von Konferenzen, die sich mit zeitdiagnostischen Fragen zum Stand der Demokratie ebenso wie mit ihren Perspektiven befassten: im November 2014 die Tagung zum Thema „Transformation der Demokratie – demokratische Transformation“ (vgl. Demirović 2016), im November 2015 die Tagung mit dem Thema „Zerfall der EU oder demokratische Reorganisation von links: wie weiter mit Europa?“ (vgl. Candeias/Demirović 2017). Das vorliegende Buch dokumentiert jene Konferenz nicht. Die Vorträge, die seinerzeit zur Diskussion standen, wurden von den Beteiligten überarbeitet; die Hälfte der in diesem Buch enthaltenen Beiträge wurde für das vorliegende Buch verfasst, der Text von Michelle Williams, den sie im Mai 2018 auf der Konferenz Marx200 vorstellte, lag bereits auf Englisch vor (vgl. Panitch/Albo 2017).

Schon seit längerem ist die Rede von einem Übergang der Demokratie in die Postdemokratie. Diese Analyse ist problematisch. Doch sie weist auf Erosionstendenzen und strukturelle Veränderungen der Institutionen der repräsentativen Demokratie hin. Lange bestehende Parteien geraten in die Krise, so dass eingespielte Koordinationspraktiken und Willensbildungskanäle gestört werden. Entscheidungen werden vielfach jenseits formeller Gremien und Verfahren in Governance-Mechanismen oder informellen Absprachen vorbereitet und getroffen. Unternehmen wirken direkt in den Gesetzgebungs- und Entscheidungsprozess hinein. Gewerkschaften als Akteure der Willensbildung sind in den vergangenen drei Jahrzehnten durch wirtschaftliche Prozesse und bewusste politische Entscheidungen erheblich geschwächt worden. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen, an deren Entwicklung in den 1990er Jahren demokratiepolitische Erwartungen geknüpft worden sind, wurden in ihren Spielräumen erheblich eingeschränkt. Politiker erweisen sich als korrupt. Die Polizeiapparate werden ausgebaut und vielfach vernetzt; die Bürgerrechte erfahren wenn nicht immer rechtliche, so doch administrative Einschränkungen. Die Überwachung durchdringt feingliedrig das gesellschaftliche Leben und den individuellen Alltag. Polizeiliches Handeln und rechtliche Normen zielen auf prädiktive Sicherheitsgewährleistung – was mit einer Einschränkung von Grundrechten einhergeht. In vielen demokratischen

Staaten führen auf paradoxe Weise die demokratischen Verfahren zu Erfolgen autoritär-populistischer Politiken. Zwar bleiben formelle Institutionen der repräsentativen Demokratie (nicht immer, aber doch weitgehend) intakt. Aber sie werden unterlaufen oder von innen her ausgehöhlt. Demokratie wird von den populistischen Führern so interpretiert, dass es ein wahres Volk gibt, das nur von ihnen und ihren „Bewegungen“, die zumeist Parlamentsparteien ohne interne Willensbildung sind, vertreten wird. Die populistischen Sprecher nehmen in Anspruch, in allem, was sie sagen, die Stimme des Volkes zu sein und zu denken, was das Volk denkt. Die Justiz und die Medien werden von gewählten Politikern, die als höchste Repräsentanten das Gemeinwesen und die Verfassung vertreten, beschimpft, Richter und Journalisten unter Druck gesetzt. Linke, Frauen, MigrantInnen, sexuelle Minderheiten werden von Politikern oder Rechten beleidigt, beschimpft, bedroht.

Als eine der Ursachen für diese Entwicklung wird zu Recht seit langem auf eine neue Periode der kapitalistischen Vergesellschaftung und Regulationsweise hingewiesen, die auch das Verhältnis von Ökonomie und Politik reorganisiert. Als Ergebnis der Krise der Kapitalverwertung, der Kämpfe einer neu zusammengesetzten, multinationalen Arbeiter_innenklasse, der in der Mitte der 1970er Jahre abgeschlossenen Dekolonisierung und der krisenhaften Dynamiken des fordistisch bestimmten gesellschaftlichen Naturverhältnisses hat sich die kapitalistische Produktionsweise reorganisiert und neue Grundlagen gegeben. Es bildete sich eine neue internationale Arbeitsteilung mit einer globalisierten kapitalistischen Konkurrenz, die bestimmt ist von global operierenden Unternehmen, dem zunehmenden Gewicht des Finanzmarktes und der Finanzialisierung vieler Lebensbereiche. Die Politik hat ihre Funktion verändert und sichert den Unternehmen die Standorte, schafft Bedingungen für ihre marktnahe hohe Beweglichkeit und Freiheit und erschließt mit einer Vielzahl von Maßnahmen neue profitable Anlagemöglichkeiten auch zu Lasten der jeweiligen Bevölkerungen auf dem Gebiet des Nationalstaats. Bindungen sollen soweit wie möglich vermieden werden: Geld, Waren, Produktionsmittel sollen schnell und ohne Wertverluste bewegt werden können. Recht und Kommunikation, Infrastrukturen, Logistik und Transport, Kultur und Alltagsorganisation werden entsprechend reorganisiert, dass Reibungen so weit wie möglich verringert werden. Diese Entwicklungen berühren die Substanz der historisch überlieferten, nationalstaatlich begrenzten demokratischen Prozesse. Denn diese bestehen aus dem Bemühen, vielseitige Interessen zu ermitteln und aufeinander abzustimmen, so dass die allgemeinverbindlichen Regeln die Zustimmung von vielen Betroffenen erzielen können. Unter kapitalistischen Verhältnissen handelt es sich dabei immer um Kompro-

misser, die viele Anspruchsberechtigte oder bestimmte Aspekte des alltäglichen Lebens ausschließen und das Recht auf Beteiligung an den Entscheidungen, die dem Interesse aller dienen, einschränken. Wenn unter Demokratie zu verstehen ist, dass alle diejenigen, die von allgemeinverbindlichen Entscheidungen betroffen sind, auch deren Autor_innen sein sollten, dann bleibt die Wirklichkeit auf diese Weise unter ihrem normativen Anspruch und verlangt nach anderen sozialen und politischen Verhältnissen. Damit deutet sich an, dass es eine besondere historische Konstellation war, in der sich die Interessen der Kapitaleigentümer mit der nationalstaatlich verfassten repräsentativen Demokratie zusammenfanden. Die vergangenen Jahrzehnte legen nahe, dass sie auseinanderdriften und sich die Klasse der Kapitaleigentümer von den parlamentarischen Vertretungsprozessen weg- und zu neuen autoritären Praktiken hinbewegt, die gekennzeichnet sind von Elementen eines starken Staates, von Dezisionismus und populistischen Allianzen. Dies geschieht keineswegs linear, denn es gab in den vergangenen Jahrzehnten Bemühungen auch von oben, soziale Allianzen und Kompromisse und auf ihnen ruhende demokratische Institutionen jenseits des Nationalstaats zu entwickeln.

Die Erosion des demokratischen Klassenkompromisses war von einer Vielzahl von Aktivitäten begleitet, die der demokratischen Teilhabe neue Impulse gegeben haben: die neuen sozialen Bewegungen seit den 1980er Jahren, die Bewegungen gegen den Neoliberalismus und die kapitalbestimmte Globalisierung (die Sozialforumsbewegung, die (indigenen) Basisbewegungen, die auch zu einem temporären Erfolg des Sozialismus des 21. Jahrhunderts beigetragen haben, die Proteste gegen IWF, die G7-, G8-, G20-Treffen oder gegen die Treffen des Weltwirtschaftsforums in Davos, die Formierung von globalisierungskritischen NGOs wie Attac, schließlich die große Welle von Demokratiebewegungen nach der großen Wirtschafts- und Finanzkrise: die Welle von Protesten an den Hochschulen und in anderen öffentlichen Dienstleistungsbereichen, die Proteste gegen die Finanzmarktakteure oder die sie unterstützenden politischen Institutionen.

Diese angedeuteten krisenhaften Entwicklungen haben deutlich gemacht, dass es notwendig ist, die politische Demokratie durch Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern und Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Stärkung ihrer demokratischen Rechte zu verteidigen und zu stärken. Doch es wurde auch deutlich, dass die Demokratie auf den Bereich der Wirtschaft ausgedehnt werden muss. Dies ist notwendig, um die demokratischen Rechte und Beteiligungsformen gegen die Übergriffe der Wirtschaft zu stärken. Aber mit der Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft verbindet sich mehr als nur das Ziel der Abwehr demokratiegefährdender Tendenzen. Sicherlich

ist ein wesentlicher Aspekt einer Demokratisierung der Wirtschaft, demokratiegefährdende Dynamiken, die von ökonomischen Prozessen angestoßen und angetrieben werden, sich gar nicht erst entfalten zu lassen. Aber es handelt sich um mehr. Die wirtschaftliche Entwicklung selbst, bestimmt vom Imperativ der Profitmaximierung, geht in die falsche Richtung – und zwar auf den unterschiedlichsten Ebenen. Das betrifft den unmittelbaren Lebensalltag von vielen Menschen, die trotz langer Arbeitstage und umfangreicher beruflicher Mobilität zu wenig verdienen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können, die ständig bedroht sind von ihrer unsicheren Lebenslage, die wenige Ressourcen – also Zeit, Geld oder soziale Beziehungen – haben, um sich zu informieren und zu engagieren. Das betrifft die Arbeitsplätze und die Arbeitsorganisation, also dort, wo Individuen Gestaltungswünsche und Organisations- und Mitspracherechte in Anspruch nehmen möchten, die ihnen aber trotz ihres Wissens, ihrer Erfahrungen, ihrer subjektiven Kompetenzen mit der Macht des Eigentumsvorbehalts und der daraus abgeleiteten Kommandogewalt vorenthalten werden. Neue Strategien der Unternehmen wie Outsourcing, Standortverlagerung, interner Wettbewerb, Schaffung verschiedener Belegschaftsgruppen durch Entgelte oder Beschäftigungsformen wie Solo-Selbständigkeit, Leih- und Zeitarbeit, das Nicht-Wissen oder ausdrückliche Desinteresse des Managements an Gesprächen mit Gewerkschaften und Betriebsräten untergraben die historisch hergestellten gemeinsamen Erfahrungen und Selbstverständlichkeiten der Lohnabhängigen und machen neue Anstrengungen erforderlich, einen neuen Kollektivwillen zu bilden. Eine Demokratisierung der Wirtschaft betrifft darüber hinaus die gesellschaftlichen Entwicklungen insgesamt, die von den Unternehmen subpolitisch gestaltet werden. Der Diesel-Betrug der deutschen Automobilindustrie gibt einen Hinweis darauf, wie trotz besseren Wissens und technischer Möglichkeiten Millionen Menschen betrogen und ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt werden. Die Verzögerungen bei der Energiewende veranschaulichen dies ebenso wie die notwendigerweise gesellschaftsweit zu führende Diskussion über Verkehrsinfrastrukturen, neue Formen der Mobilität oder nachhaltige Antriebssysteme (wozu die E-Mobilität eher nicht gehört). Notwendig wären auch Diskussionen über recyclebare Konsumgüter oder Maschinen. Längst schon wird über die Möglichkeiten von profit- und hierarchiefreier Erzeugung von Software oder die genossenschaftliche Nutzung sozialer Medien diskutiert.

Historisch ist die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie als ein Reformkonzept aus den rätendemokratischen Diskussionen am Ende des Ersten Weltkriegs hervorgegangen. Von den ambitionierten Zielen, die insbesondere die westdeutschen Gewerkschaften verfolgten, ließen sich nur die Betriebsräte – und unter

großem Protest der Gewerkschaften – und die Unternehmensmitbestimmung in ihren verschiedenen Spielarten umsetzen. Zu Recht wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass diese Formen der Mitbestimmung allenfalls in Ansätzen als Wirtschaftsdemokratie verstanden werden können. Denn die Mitspracherechte waren den Betriebsräten und den von den Belegschaften gewählten Vertretern in den Aufsichtsräten vorbehalten, zu einer stimmengleichen Abstimmung über Unternehmensentscheidungen ist es nicht gekommen. Soweit doch von Demokratie gesprochen werden kann, handelt es sich eher um eine Demokratie für als eine Demokratie durch die Lohnabhängigen. Angesichts der beobachteten Defizite und der Erosion der Institutionen der Mitbestimmung gibt es seit längerem schon den Bedarf, über Wirtschaftsdemokratie neu nachzudenken. Es geht also nicht darum, frühere Formen der Wirtschaftsdemokratie lediglich zu verteidigen oder neu zu beleben, sondern das Konzept selbst kritisch zu überprüfen. Der Gedanke der Demokratie soll ernster genommen, die subjektiven Bedürfnisse der Lohnabhängigen nach Mitgestaltung einbezogen, die Veränderungen der Unternehmen und Arbeitsprozesse berücksichtigt werden. Wirtschaftsdemokratie neu denken, bedeutet demnach, im Lichte von vielseitigen Erfahrungen mit der demokratischen Gestaltung der ökonomischen Verhältnisse auf ein neues Verständnis einer zukunftsfähigen Wirtschaftsdemokratie des 21. Jahrhunderts hinzuarbeiten.

Alex Demirović

Literatur

- Candeias, Mario/Demirović, Alex (Hrsg.) (2017): *Europe – what' left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung*, Münster.
- Demirović, Alex (Hrsg.) (2016): *Transformation der Demokratie – demokratische Transformation*, Münster.
- Panitch, Leo/Albo, Greg (Hrsg.) (2017): *Rethinking Democracy*. Socialist Register 2018, London.